

„Soziales Engagement kennt nur Gewinner“

Elf Mittelschulen mit PNP-Stiftungspreisen ausgezeichnet – Staatssekretär Sibling: „Wunderbare Visitenkarte abgegeben“

Von Andreas Kerscher

Passau. Elf Mittelschulen aus dem Verbreitungsgebiet der PNP hatten sich mit ihren sozialen Projekten bei der PNP-Stiftung beworben. Gestern gab die Jury die Gewinner bekannt. „Alle elf Schulen sind Gewinner, weil soziales Engagement nur gewinnen kann“, sagte Stiftungsbeauftragte Eva Maria Fuchs. Deshalb wurden auch alle Teilnehmer ausgezeichnet und erhielten ein Preisgeld.

Schülerradio, Projekte gegen Rassismus, zur Drogenprävention oder eine Sammelaktion für eine Stiftung – das sind Sozialkonzepte, die die Schulen im Medienzentrum Passau präsentierten. „Da übernehmen junge Leute nicht nur Verantwortung für sich und ihre Umwelt, sondern vor allem für den Mitmenschen – und sie haben dabei auch noch Freude und Spaß“, sagte Stiftungsrat Herbert Zelzer, der ausdrücklich auch die zuständigen Lehrer in die Ehrung mit einschloss. Die Jury achtete bei der Bewertung der Projekte unter anderem darauf, wie sehr sie sich positiv auf das ganze Schulleben auswirken.

Schirmherr und Staatssekretär Bernd Sibling sagte, Schule müsse nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch das Herz und den Charakter bilden und jungen Menschen soziale Werte vorleben. Er appellierte an die Schulen, ihre „wunderbare Visitenkarte, die sie heute für die Mittelschule abgegeben haben“, auch nach außen zu kommunizieren.

Im nächsten Jahr wird der PNP-Stiftungspreis für soziale Projekte an Grundschulen vergeben.



Als Gewinner konnten sich die Schüler und Lehrer der elf Mittelschulen fühlen, die für ihre sozialen Projekte mit dem PNP-Stiftungspreis geehrt wurden.

– Foto: Jäger

Alle elf Gewinner: 1. Weiß-Ferdl-Mittelschule **Altötting** („Schülerradio Gurkentopf“); 2. Max-Fellermaier-Mittelschule **Neuötting** („Schule mit Courage – Schule mit Herz“); 2. Mittelschule

St. Nikola **Passau** („Kinder für Kinder“); 3. Franz-Xaver-Gruber-Schule **Burghausen**, Max-Fellermaier-Mittelschule **Neuötting**, Weiß-Ferdl-Mittelschule **Altötting** (Gemeinschaftsprojekt zur Dro-

genprävention „Nicht mit mir“); 4. Sport-Mittelschule **Hauzenberg** (Projekt „Mädchengruppe“); 5. Closen-Mittelschule **Arnstorf** („Gemeinsamer Weihnachtsmarkt mit der Staatl. Realschule Arn-

storf“); Sonderpreise: Mittelschule **Dingolfing** („Jung und Alt – Gemeinsam aktiv“); Lenberger Mittelschule **Triftern** („Alt und Jung – Generationsübergreifendes Lernen“); Mittelschule am Lehen **Boden-**

mais („Bausteine eines sozial-Caritativen Schulprofils“), Mittelschule **Winhöring** („Alt und Jung“), Adalbert-Stifter-Mittelschule **Wegscheid** („Begegnungen ermöglichen – Schüler treffen Senioren“)

BAYERN KOMPAKT

Unterschrift wegen Fünfer gefälscht: Bub zeigt sich an

Landshut. Ein Zehnjähriger aus Landshut hat wegen einer „Fünf“ in Mathe die Unterschrift des Vaters gefälscht und sich dann selbst angezeigt. Der Bub sei auf der Wache in Landshut erschienen und habe voller Reue von der Urkundenfälschung berichtet, teilte die Polizei am Freitag mit. Der letzte Mathetest sei „voll in die Hose gegangen“ und mit der Note 5 bewertet worden, hatte der Viertklässler berichtet. Da die Eltern den Test gegenzeichnen sollten, habe er die Unterschrift des Vaters gefälscht. Als ihn das schlechte Gewissen plagte, wollte er sich selbst anzeigen. Die Beamtin rief beim Vater an und erfuhr, dass dieser von der Absicht des Sohnes wusste und diese auch aus erzieherischen Gründen billigte. Nach einem eindringlichen Gespräch mit der Beamtin war das schlechte Gewissen beruhigt und der Junge zog die Selbstanzeige zurück. – lby

Salmonellenverdächtige Eier dürfen nicht in den Handel

München. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die Firma „Bayern-Ei“ aus Aiterhofen werden neue Fragen an Umweltministerin Ulrike Scharf (CSU) laut. Die EU-Kommission hat auf Anfrage der SPD-Europaabgeordneten Maria Noichl klar gestellt, dass Eier aus salmonellenverdächtigen Betrieben grundsätzlich nicht im Einzelhandel verkauft werden dürfen, sondern allenfalls als Industrieware zur Weiterverarbeitung. „Gerade das ist in Bayern aber nicht passiert“, kritisierte der SPD-Landtagsabgeordnete Florian von Brunn gestern in München. Ein Sprecher des Umweltministeriums wies den Vorwurf zurück, es seien Rechtsvorschriften missachtet worden. Die Behörden hätten nach jetzigem Kenntnisstand beim Salmonellenausbruch 2014 nach Recht und Gesetz gehandelt. – lby

Prozess gegen Bamberger Arzt wird zum Mammutverfahren

Bamberg. Im Prozess gegen einen ehemaligen Chefarzt wegen des Verdachts auf sexuellen Missbrauch wird voraussichtlich erst im nächsten Jahr ein Urteil fallen. Das Landgericht Bamberg legte weitere Termine bis zum Januar 2016 fest, wie ein Sprecher gestern mitteilte. Begonnen hatte der Prozess Anfang April. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Mediziner Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und gefährliche Körperverletzung vor. Der Mann soll im Klinikum Bamberg Patientinnen ruhiggestellt und sich an ihnen vergangen haben. Der Spezialist für Gefäßchirurgie bestreitet die Vorwürfe. Er habe aus rein medizinischen Gründen und nicht aus sexueller Motivation gehandelt, hatte er bislang stets erklärt. – lby

Kaum Einstellungen: Lehrer schlagen Alarm

Kultusministerium stellt Bedarf für neues Schuljahr vor: Realschulen große Verlierer, Mittelschulen profitieren

Von Andreas Kerscher

Passau/München. Noch schlimmer als erwartet fällt für den bayerischen Realschullehrerverband (BRLV) die Zahl der Lehrer aus, die zum neuen Schuljahr eingestellt werden: Nur 75 von rund 2500 Bewerbern erhalten eine Stelle, teilte das Kultusministerium mit.

Mit einer Online-Unterschriftenaktion will der BRLV die Staatsregierung und Kultusminister Ludwig Spaenle darauf aufmerksam machen, dass junge Lehrer dringend gebraucht würden. „Die Personalsituation ist mittlerweile an vielen Realschulen unzumutbar“, sagte BRLV-Vorsitzender Jürgen Böhm. „Die Kollegen arbeiten am Anschlag.“ Ohne Verstärkung könne man die hohen Qualitätsstan-

dards der Realschule auf Dauer nicht halten. Der Elternverband und der Direktorenverband begrüßten die Unterschriftenaktion.

Das Kultusministerium begründet die geringe Einstellungszahl mit deutlich sinkenden Schülerzahlen, während gleichzeitig nur wenige Lehrkräfte in den Ruhestand gehen. Der bildungspolitische Sprecher der Landtags-Grünen, Thomas Gehring, kritisierte: „Wir wissen, dass die Zuwanderung aus dem In- und Ausland nicht ausreichend berücksichtigt wird. Bereits jetzt ist absehbar, dass 75 neue Lehrkräfte schon im Herbst und ganz bestimmt bis zum Winter nicht ausreichen werden.“

Bessere Chancen gibt es für junge Lehrer an den Grund-,

Mittel-, und Förderschulen. Hier gebe es nahezu eine Vollerstellung, teilte das Kultusministerium mit. Für die Grund- und Mittelschulen stellt der Freistaat über 2000 zumeist unbefristete Lehrer an. Dazu kommen rund 280 Fach- und Förderlehrer für Grund-, Mittel- und Realschulen. In den Förderzentren werden rund 450 unbefristete Stellen besetzt.

Unzufriedenheit auch an den Gymnasien

An den bayerischen Gymnasien werden ab September 350 neue Lehrer unterrichtet. Im Vergleich zu 2014 (550) wurden somit knapp 30 Prozent weniger

Lehrer angestellt. Für Max Schmidt, den Vorsitzenden des Bayerischen Philologenverbands sind das zu wenige: „Nachwuchs wird dringend gebraucht. Es kann nicht sein, dass immer noch Unterricht in deutlichem Umfang ausfallen muss und andererseits Lehrkräfte zur Verfügung stehen, die genau diesen Bedarf abdecken könnten“, sagte er. Wie in den vergangenen Jahren kommen vor allem Lehrer mit mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächerverbindungen zum Zug. Auch Musik und Kunst ist gefragt. Wenig Bedarf gibt es für Lehrer, die Sprachen, Geschichte oder Geographie unterrichten. Nur für die besten Bewerber mit diesen Fächerkombinationen sieht das Bildungsministerium Verwendung.

Knapp 200 Planstellen werden an den beruflichen Oberschulen besetzt. 147 Lehrer werden an Berufsschulen für die Klassen der berufsschulpflichtigen Flüchtlinge eingestellt (wir berichteten). Dazu kommen 240 weitere Lehrer für die Berufsschulen und Wirtschaftsschulen. „Das ist zumindest so, dass wir uns gefühlt qualitativ nicht verschlechtern“, sagte Jürgen Wunderlich, Landesvorsitzender des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern. In einem Brandbrief an Kultusminister Ludwig Spaenle hatte Wunderlich zuvor gewarnt: „Wir stehen im kommenden Schuljahr vor dem Kollaps“ und Unterrichtskürzungen befürchtet. „Der Brandbrief hat gewirkt“, äußerte sich Wunderlich gestern gegenüber der PNP.

Ermittler finden Hinweis auf Brandbeschleuniger

Kardinal Marx warnt nach Anschlag auf Flüchtlingsheim vor „Verrohung der Gesellschaft“

Reichertshofen. Nach dem Brandanschlag auf ein noch leerstehendes Flüchtlingsheim im oberbayerischen Reichertshofen haben die Ermittler Hinweise auf einen Brandbeschleuniger gefunden. Es gebe erste Indizien dafür, sagte Polizeisprecher Hans-Peter Kammerer am Freitag. Das erhöhte den Verdacht auf eine vorsätzliche Tat. Die Ermittler befragten einen Tag nach dem Brand auf der Suche nach möglichen Zeugen weiter Anwohner. „Bislang haben wir ein halbes Dutzend Hinweise“, sagte Kammerer und rief mögliche Zeugen auf, sich direkt bei der Polizei zu melden.

Unbekannte hatten an zwei Stellen in dem ehemaligen Gasthof Feuer gelegt, in den im September 67 Asylbewerber einziehen sollten. Ein Nebengebäude des Gasthofes brannte teilweise in der Nacht zu Donnerstag aus, die Polizei schätzt den Schaden auf 150 000 Euro.

Der Anschlag fügt sich ein in eine ganze Reihe ähnlicher Vorfälle in ganz Deutschland. Auch in Bayern hatte es vor etwas



Erste Indizien erhärten den Verdacht auf eine vorsätzliche Tat, teilte die Polizei gestern in Reichertshofen mit. Dort hatte in der Nacht auf Donnerstag ein geplantes Asylbewerberheim gebrannt. – Foto: dpa

mehr als einem halben Jahr in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft im mittelfränkischen Vora gebrannt.

„Besonders die andauernden Proteste und Ausschreitungen im sächsischen Freital zeigen, dass einige Gruppen versuchen, das Klima in unserer Gesell-

schaft zu vergiften und Hass zu säen“, sagte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx. „Wer angesichts der jüngsten Vorkommnisse schweigt und wegsieht, verrät unsere Werteordnung.“ Marx warnte vor einer Verrohung der

Gesellschaft. „Diese Flüchtlinge, viele von ihnen traumatisiert, haben Anspruch auf Schutz und Fürsorge“, sagte der Münchner Erzbischof. „Sie zu bedrohen und zu attackieren, zeugt von enormer Verrohung, die unsere Gesellschaft niemals akzeptieren darf.“

Auch die Wohlfahrtsverbände sorgen sich um den sozialen Frieden und nehmen vor allem Politiker in die Pflicht. „Mit großer Sorge sehen die bayerischen Wohlfahrtsverbände die Verschärfung der aktuellen politischen Diskussion in Bayern um die Asylproblematik“, hieß es in einer Mitteilung. Die Akzeptanz für die Not der Flüchtlinge sei in der Bevölkerung sehr hoch, sagte der amtierende Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern, Caritas-Chef Bernhard Piendl. Die Politik dürfe dies durch die aktuelle Stimmungsmache nicht aufs Spiel setzen. „Wer ständig davon redet, dass die Stimmung in der Bevölkerung kippen könnte, erweist der Akzeptanz von Schutzsuchenden einen Bärendienst.“ – lby

Asyl: Söder will Kosten deckeln

München. Finanzminister Markus Söder (CSU) will den rasanten Anstieg der Asylkosten bremsen. Die in Staatsregierung und CSU-Landtagsfraktion diskutierte Summe von 2,3 Milliarden Euro Gesamtausgaben für Asyl im Nachtragshaushalt 2016 will Söder klar unterschreiten. „Wir werden deutlich niedrigere Zahlen vorlegen“, sagte Söder am Freitag. Eine konkrete Summe nannte er jedoch nicht.

Die Staatsregierung will die Eckpunkte des Nachtragshaushalts nächste Woche bei einer Klausur am Tegernsee festlegen. Doch bis die Eckpunkte stehen, wird das Tauziehen ums Geld mit den Ministerien das ganze Wochenende in Anspruch nehmen. Söder: „Wir arbeiten mit den Häusern intensiv daran, Kosten deutlich zu senken.“ Die Ministerien müssen sich darauf einstellen, dass Söder ihre Stellenanforderungen reduziert. Erstmals will die Regierung die Asylkosten gesondert kenntlich machen. „Generell gilt, dass im Nachtragshaushalt nur Dinge aufgenommen werden, die notwendig sind“, so Söder. – lby